



05. Juni 1989/407

SOZIALDEMOKRATEN FÜR EUROPA

Service der SPD für Presse, Funk, TV.

10 | 20 | 30 | 40 | 50 | 60

Der Pressesprecher für Europa-Politik
beim SPD-Vorstand, WILLI CARL, teilt mit:

GERD WALTER MdEP: Sozialpolitik der EG
als Mittel gegen Rechtsradikale entwickeln

Der Spitzenkandidat der SPD für die Europawahl am 18. Juni, GERD WALTER, hat dem Bonner Korrespondenten ARNIM BETH des Senders Freies Berlin im Wochenend-Interview eine Reihe von Fragen beantwortet; unter anderem zu den Themen Rechtsradikale, Osteuropa, Europawahl als Kanzler-Test. Wir veröffentlichen einen Ausschnitt:

SFB: Sie haben im Rahmen des Europawahlkampfes gegen rechtsradikale, rechtsextreme Parteien eine Aktion der SPD angekündigt. Besteht nicht die Gefahr, daß Sie durch eine solche Aktion diese Parteien hochschaukeln, erst hochreden?

GERD WALTER: Darüber kann man sicherlich streiten. Nur, wenn ich an Berlin zurückdenke, wenn ich an Hessen denke, dann sind sie ja da und sie tummeln sich munter mit großem Finanzaufwand, mit Postwurfsendungen, mit flächendeckenden Veranstaltungen in der Bundesrepublik Deutschland. Und da muß man wohl dagegen halten. Nicht in Panik erzeugender Weise, aber sehr entschieden und deutlich machen, daß nicht wählen bei der Europawahl unterm Strich rechts wählen heißt. Und daß Rechtsradikale im Europaparlament das Letzte sind, was sich diese Bundesrepublik Deutschland leisten sollte. Wir sind auf gute Nachbarschaft angewiesen und wir haben vor allen anderen die Erfahrung gemacht, daß Fremdenfeindlichkeit, der Haß auf Minderheiten und falsch verstandener Nationalismus uns einmal in eine blutige Katastrophe geführt haben. Es heißt also im Zweifelsfall: "Wehret den Anfängen! Klärt auf! Meldet Euch zu Wort!" Und dieser Appell geht an alle Demokraten in der Bundesrepublik Deutschland.

SFB: Nun ist der Rechtsradikalismus keine rein deutsche Erfindung oder Erscheinung. Wenn ich an die Franzosen denke beispielsweise. Wie hat sich denn diese Erscheinung, diese politische Gruppierung bislang im Europaparlament bemerkbar gemacht?

GERD WALTER: Wir haben eine rechtsextreme politische Fraktion im Europaparlament. Französische Rechtsextreme, italienische Rechtsextreme. Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Der Parteivorstand, Ollenhauerstraße 1, 5300 Bonn 1. Telefon: 02 28-532 346. Telex: 8 86 306. Herausgeberin: Anke Fuchs. Redaktion: Willi Carl.

me, einen Griechen und einen Iren dabei, die weitestgehend politisch isoliert sind. Dies hat aber dazu geführt, daß das Europaparlament in seiner großen Mehrheit sich mit dem Thema des Rassismus und der Fremdenfeindlichkeit kritisch auseinandergesetzt hat. Es gab Hearings, einen Sonderausschuß und eine gemeinsame Erklärung aller EG-Institutionen gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus.

Also, es hat dazu geführt, daß man aufgebracht ist. Und es hat dazu geführt, daß man auch in der Europapolitik sich schärfer klar geworden ist über Ursachen, die Menschen anfällig macht für rechtsextreme Parolen. Also eine beste Politik gegen rechtsradikale Parolen ist immer noch eine anständige Politik gegen Massenarbeitslosigkeit und Wohnungsnot. Das heißt, eine stärkere sozialpolitische Ausrichtung auch der Europäischen Gemeinschaft ist sicherlich etwas, was dazu beitragen kann Menschen weniger anfällig zu machen gegen die rechtsradikalen Parolen.

yFB: Wir haben schon kurz den Binnenmarkt ab 1992 erwähnt. In diesem Zusammenhang Herr WALTER: Wie kann verhindert werden, daß die Grenze zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Osteuropa dann zu einer tiefen Trennungslinie wird bei Wirtschaft, bei Technologie und in der Kultur? Und daran die andere Frage angeschlossen: Sind sich unsere westlichen Partner dessen bewußt, daß da die Gefahr einer unsichtbaren Mauerbildung besteht?

GERD WALTER: Eine Mauerbildung, die ja für Berlin insbesondere Folgen hätte. Ich denke: Sie werden sich dessen bewußt. Es beginnt erfreulicherweise so etwas wie eine eigene Ostpolitik der Europäischen Gemeinschaft. Die von Ihnen beschriebene Gefahr kann am ehesten verhindert werden, parallel zur Vervollständigung des Binnenmarktes. Das Netz der Verträge, das im Augenblick geknüpft wird zwischen der EG auf der einen Seite und einzelnen osteuropäischen Staaten auf der anderen Seite, Verträge mit denen Kooperationen geregelt werden bei Handel, bei Tourismus, bei Technologie, bei Umweltschutz, jetzt engmaschig geknüpft, so daß wir '92 ein Stück neuer gesamteuropäischer Zusammenarbeit vorfinden.

Wir sollten darüber hinaus etwas tun, auch mit den Mittel der Europäischen Gemeinschaft, um uns unserer Verantwortung bewußt zu werden für den Prozeß, der im Augenblick in einigen Staaten Osteuropas atemberaubend abläuft und für dessen Ablauf und Stabilität wir Mitverantwortung haben. Also, warum machen wir nicht die Entschuldung Polens unter der Voraussetzung, daß der Schuldendienst in Polen investiert wird. Warum öffnen wir nicht den Europarat für Ungarn, wenn Ungarn eine bestimmte Schwelle zum Mehrparteiensystem überschritten hat? Warum etablieren wir nicht die EG-Umweltbehörde, die geplant ist als gesamteuropäische Institution zur Durchführung von Umweltschutzprojekten und deren Überwachung? Also es gibt Projekte, die signalisieren könnten, EG, das ist nicht Europa. Europa ist mehr als die EG. Dafür müssen wir in den nächsten Jahren sorgen.

SFB: Welchen innenpolitischen Rang räumen Sie der Europawahl Mitte Juni zu? Ist sie eine Testwahl für Bonn? Ist sie eine Testwahl für die Regierungskoalition hier und namentlich für Bundeskanzler KOHL?

GERD WALTER: Sie ist ohne Frage wie jede Wahl, auch wie eine Oberbürgermeister-Wahl irgendwo in Süddeutschland, ein Stimmungstest. Herr GEIBLER hat sie zu einer Testwahl gemacht. Herr GANSÄUER, der CDU-Fraktionsvorsitzende im niedersächsischen Landtag hat gesagt, sie habe Konsequenzen für Herrn KOHL als Kanzler. Wir sagen das nicht. Wenn sich aus dem Ergebnis der Europawahl dennoch Schwierigkeiten für die Regierung zusätzlich ergeben sollten, wäre das ein angenehmes Nebenergebnis.